3 **Coronafälle an der Uni Liechtenstein**
Die Betroffenen hätten sich aber nicht am Campus angesteckt.

12 **Ringen um den Brexit geht weiter**
Umstrittenes britisches Gesetz nimmt erste Hürde.

15 **Vier Spiele ohne Sieg**
Krisen-USV muss nach Thalwil
Troisio-Truppe will den ersten Saisonsieg holen

ANZEIGE
TOPJOB.li

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Mittwoch, 16. September 2020
143. Jahrgang Nr. 175

Heute

Coronavirus-Pandemie

Regierung informiert über aktuellen Stand

Regierungsrätin Dominique Hasler und Regierungsrat Mauro Pedrazzini treten heute vor die Medien, um über die aktuelle Situation der Pandemie zu informieren.

Inland Ein Golden Retriver geschenkt? Das verspricht eine ungewöhnliche Wurfsendung den Vaduzer Einwohnern. Tierschützer sind misstrauisch. **Seite 3**

Hintergrund «Die Belastung der medizinischen Ressourcen durch COVID-19 stört die Bereitstellung von Masernimpfstoffen und erhöht das Risiko künftiger tödlicher Ausbrüche weltweit»: Ein GIS-Kommentar von Diane Katz. **Seite 11**

Sport Liechtensteins Langläufer überzeugten am Nordic Weekend in Andermatt mit starken Auftritten. Allen voran Micha Büchel und Robin Frommelt, die sich über einen Top-10-Platz in der Gesamtwertung freuen konnten. **Seite 19**

Wetter Recht sonnig und sehr warm mit Schleier- und Quellwolken. Seite 22 16° 27°

Inhalt

Inland	2–11	Kultur	21
Ausland	12	Kino/Wetter	22
Wirtschaft	13+14	TV	23
Sport	15–19	Panorama	24

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz

9 771812 601006 30038

ANZEIGE

Homeoffice-Hürden: Stiftung Zukunft.li sieht Politik in der Pflicht

Publikation In der Coronapandemie ist das Interesse am Homeoffice gestiegen. Rechtliche Hürden erschweren hierzulande die Umsetzung. Eine Lösung ist laut Stiftung Zukunft.li aber möglich – sofern der politische Wille in der Region vorhanden ist.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Die Coronakrise hat es vielen Unternehmen deutlich gemacht: Homeoffice funktioniert besser als erwartet. Zu diesem Schluss kommen zwei Drittel der 125 Betriebe und Institutionen, die sich im Juni an einer Umfrage der Stiftung Zukunft.li beteiligt haben. Rund 80 Prozent erwarten zudem, dass Homeoffice nach der Pandemie an Gewicht gewinnen wird. Bietet die Arbeit von zu Hause aus doch auch handfeste Vorteile für die Rekrutierung und Attraktivität des Arbeitsplatzes. Gleichzeitig bringt das steigende Interesse auch Hürden ans Tageslicht. Denn ein Land wie Liechtenstein mit einem Grenzgängeranteil von 56 Prozent stösst hier an rechtliche Grenzen. Gültiges EWR-Recht sieht vor, dass ein Grenzgänger, der über 25 Prozent seiner Arbeit am Wohnort verrichtet, auch dort seine Sozialabgaben zahlen muss. Das gilt für Schweizer in der Schweiz und im EWR lebende Grenzgänger. Noch umständlicher wird es für EWR-Grenzgänger, die in der Schweiz leben. Für sie müssen die Lohnnebenkosten nach Stunden auf die beiden Länder aufgeteilt werden. All das kann für den Arbeitgeber schnell kompliziert und teurer werden.

Spielraum vorhanden

Aktuell ist diese Regelung zwar coronabedingt bis Ende Jahr ausser Kraft gesetzt, jedoch erschwert sie ein ausgeweitetes Homeoffice nach der Krise. Das Interesse sei jedoch da. Nicht zuletzt aus diesem Grund sieht Doris Quaderer, Projektverantwortliche der Stiftung, hier Handlungsbedarf und auch eine Chance. Selbst wenn die EU-Verordnung bestehen bleibt, gebe es darin laut des hinzugezogenen Europarechtsexperten Georges Baur vom Liechtenstein-Institut durchaus Spielraum für zwischenstaatliche Lösungen – sofern der beidseitige Wille für ein flexibleres Homeoffice gegeben ist. Die gestern vorgestellte Publikation «Fokus Homeoffice: Wunsch und Wirklichkeit», die neben den sozialversicherungsrechtlichen Hürden auch arbeits- und steuerrechtliche Lücken aufzeigt, soll dafür als Anstoss dienen. Quaderers klarer Appell an die Entscheidungsträger: «Schaut es euch an, regelt es, findet Lösungen.» **Seite 5**

Einblick

Casino 96 in Balzers eröffnet demnächst

Die Verantwortlichen des Casino 96 luden gestern Medien, geladene Gäste und Anwohner zur Besichtigung der neuen Spielbank in Balzers ein, die nach längerem Hin und Her doch noch rasch realisiert werden konnte. Bald soll das fünfte Casino des Landes eröffnet werden – mit dem Anspruch, etwas anders zu sein.
(Foto: Michael Zanghellini)
Seite 7

Abgebranntes Flüchtlingslager Liechtenstein prüft allfällige Unterstützungmassnahmen

VADUZ/MORIA Die Lage auf der griechischen Insel Lesbos bleibt dramatisch, nachdem mehrere Brände das Flüchtlingslager in Moria fast vollständig zerstörten. Dort lebten über 12 000 Menschen, davon etwa 4000 Kinder. Bis Dienstagmorgen sind erst rund 800 Menschen in ein provisorisches Zeltlager übersiedelt. Deutschland will 1553 zusätzliche Flüchtlinge von fünf griechischen Inseln aufnehmen. Darauf haben sich Union und SPD am Dienstag verständigt, wie Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) am Dienstag in Berlin mitteilte. Es handelt sich dabei um 408 Familien mit Kindern, die in Griechenland bereits als schutzbedürftig anerkannt wurden. Dies soll der zweite Schritt sein, nachdem Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bereits am Freitag mitgeteilt hatte, Deutschland werde von insgesamt 400 unbegleiteten Minderjährigen bis zu 150 Jugendliche aufnehmen. Die 400 Minderjährigen sollen auf europäische Länder verteilt werden. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hatte zuvor seine ablehnende Haltung zur deutschen Linie mit der geplanten Aufnahme von rund 1500 Migranten bekräftigt. Als Gegenentwurf zur deutschen Strategie bringt Österreich einen umfangreichen Hilfstransport für die Menschen aus dem weitgehend zerstörten Flüchtlingslager Moria auf den Weg.

Art der Hilfe steht noch nicht fest

Auch im liechtensteinischen Innenministerium verfolgt man die jüngsten Ereignisse in Moria mit Besorgnis, heisst es auf «Volksblatt»-Anfrage. Derzeit würden ministeriumsübergreifend allfällige Hilfeleistungen und Unterstützungsmassnahmen geprüft. Ob Liechtenstein Flüchtlinge oder zumindest unbegleitete Minderjährige aufnimmt, steht allerdings noch nicht fest. «Hilfeleistungen und Unterstützungsmassnahmen der Regierung könnten von der finanziellen Hilfeleistung vor Ort bis zur Aufnahme von Asylsuchenden im Rahmen eines europäisch koordinierten Aufnahmeprogramms reichen», heisst es im Innenministerum. Um zielgerichtet und nachhaltig Hilfe leisten zu können, sei aber ein zwischen den europäischen Staaten abgestimmtes Vorgehen anzustreben. Unterdessen haben die griechischen Sicherheitskräfte fünf mutmassliche Brandstifter festgenommen. Dies teilte der griechische Minister für Bürgerschutz, Michalis Chrysochoidis, am Dienstag mit. (sda/apa/dpa/red)

Fussball

Die heisse Phase für Vaduz hat begonnen

VADUZ Der FC Vaduz ist zurück in der Super League. Und da geht es gleich gegen einen absoluten Kracher. Denn der FCV muss am Sonntag zum grossen FC Basel. **Seite 17**

ANZEIGE

Verlag: Liechtensteiner Volksblatt AG, Im alten Riet 103, 9494 Schaan, Telefon +423 237 51 51, Fax +423 237 51 66, verlag@volksblatt.li; **Täglich aktuelle Nachrichten:** www.volksblatt.li
Inserate: Telefon +423 237 51 51, inserate@volksblatt.li; **Aboservice:** Telefon +423 237 51 41, abo@volksblatt.li; **Redaktion:** Telefon +423 237 51 61, Fax +423 237 51 55, redaktion@volksblatt.li

Schwerpunkt Homeoffice – Wunsch und Wirklichkeit

Arbeiten von zu Hause aus: Es besteht Potenzial nach oben

Umfrage Ein entscheidender Teil der Arbeit hierzulande könnte von daheim erledigt werden, und auch der Wille dazu wäre laut Umfrage von Zukunft.li vorhanden. Die Unternehmen sehen sich aber durch die Rechtslage eingeschränkt.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Rund 40 Prozent der am Wirtschaftsstandort Liechtenstein verrichteten Arbeit könnte laut Zukunft.li von zu Hause erledigt werden. Das bedeutet, dass sich etwa 16 000 der rund 40 000 Beschäftigten ihren täglichen Arbeitsweg ersparen könnten. Trotz dieses Potenzials war Homeoffice in Liechtenstein bis vor Kurzem nur schwach verbreitet – gut 5 Prozent der Arbeitskräfte hätten laut Umfrage von Zukunft.li mehr als 25 Prozent von daheim gearbeitet. Während der Coronapandemie stieg dieser Anteil jedoch auf gut 50 Prozent. Mit diesem erzwungenen Testlauf hat sich auch die Einstellung der 125 befragten Unternehmen zum Homeoffice gewandelt. So gaben gut drei Viertel der befragten Führungskräfte an, dass sie der Idee der Heimarbeit nun positiver gegenüberstehen als noch vor der Krise. Auch glauben sie, dass das Homeoffice an Bedeutung gewinnen wird und sich auch in Zukunft eine Mischform von Präsenz am Arbeitsplatz und Heimarbeit etabliert. Hier zeigen sich jedoch auch klare Unterschiede, die auch der Umsetzbarkeit der Heimarbeit in der jeweiligen Branche geschuldet ist. So erwarten in Handel und Gewerbe nur die Hälfte, dass das Homeoffice an Bedeutung gewinnen wird. In IT, Kommunikation und Medien, bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern sowie den Rechtsdienstleistungen liegt diese Erwartung bei mehr als 90 Prozent.

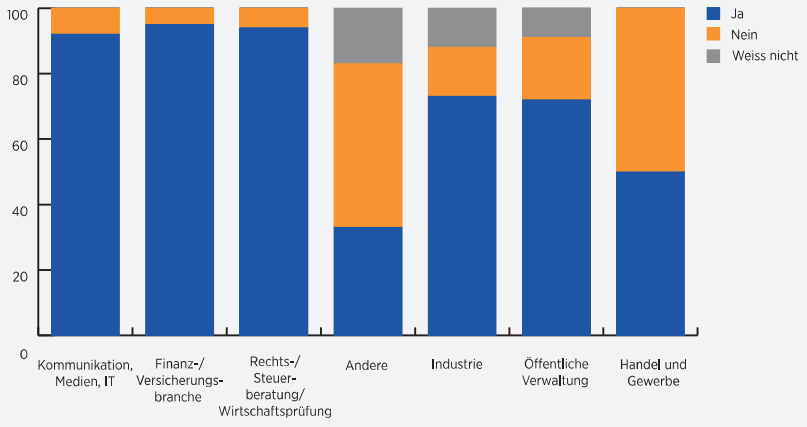
Nicht im Ausland zahlen

Gerade hierzulande stehen diesen Wünschen aber rechtliche Hürden gegenüber, die sich aus dem hohen Grenzgängeranteil von gut 56 Prozent ergeben. Im Zentrum dieser Problematik steht die EU-Verordnung (EG) 883/04 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Diese regelt konkret, in welchem Land die Sozialabgaben wie Altersvorsorge und Arbeitslosenversicherung für einen Arbeitnehmer bezahlt werden müssen. Arbeitet ein Grenzgänger nämlich zu einem wesentlichen Teil – 25 Prozent des Lohnes – von seinem Wohnort in einem EU-Staats aus, hat der Arbeitgeber die Sozialleistungen auch dort zu entrichten. Gleiches gilt für Schweizer. EU-Bürger hingegen, die in der Schweiz leben, müssen ihre Sozialleistungen gar nach den in Liechtenstein und der Schweiz geleisteten Stunden aufteilen. Wer Grenzgängern somit die Möglichkeit zum Homeoffice bieten will, muss mit höherem administrativem Aufwand und mit Mehrkosten rechnen – sollte die sozialversicherungsrechtliche Unterstellung ins Nachbarland kippen. Denn gerade in Österreich sind die Arbeitgeberbeiträge empfindlich höher als hierzulande. Somit ist wenig verwunderlich, dass mindestens 54 Prozent der befragten Unternehmen nicht bereit sind, im Ausland zu zahlen, wodurch auch die Attraktivität zusätzlicher Homeoffice-Möglichkeiten unter den aktuellen Bedingungen eingeschränkt bleibt.

So fühlten sich 26 Prozent der Umfrageteilnehmenden durch die bestehende Regelung sehr und 15 Prozent in geringem Ausmass beeinträchtigt, wobei auch dieser Wert je nach Branche variiert: Gerade die Unternehmen aus den Bereichen Kommunikation, Medien und IT wünschen sich zu fast zwei Dritteln flexiblere gesetzliche Lösungen, bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern ist es mehr als die Hälfte.

Gewinnt Homeoffice an Bedeutung?

Einschätzung der Unternehmen zur Situation nach der Coronapandemie.



Quelle: Zukunft.li; **Grafik:** «Volksblatt», lk

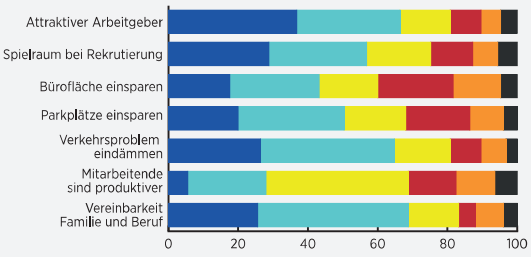
Passende Lösung

Welche rechtlichen Optionen gibt es?

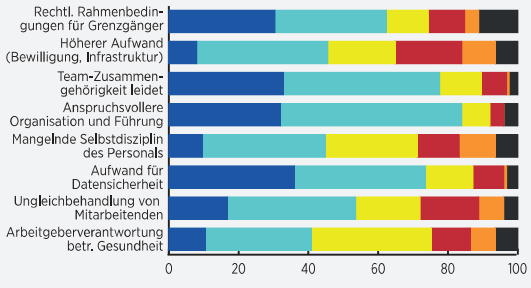
RUGGELL Eine flexiblere Lösung im Bereich der Koordination der Sozialversicherungen ist laut Georges Baur, Forschungsbeauftragter Recht am Liechtenstein-Institut, möglich. Er kommt in dem von Zukunft.li in Auftrag gegebenen Gutachten zum Schluss, dass zwischen Nachbarstaaten entscheidender Spielraum vorhanden ist, der die breitere Einführung des Homeoffice erleichtern würde. Ist der beidseitige politische Willen vorhanden, könnte Liechtenstein mit der Schweiz und Österreich Vereinbarungen treffen, um die Arbeit im Homeoffice von der sozialversicherungsrechtlichen Unterstellung gemäss Wohnsitzlandprinzip auszunehmen oder die heutige Grenze von 25 Prozent der Arbeitszeit nach oben anzuheben. Auf zwischenstaatlichem Weg könnte zudem auch eine Lösung für die Grenzgänger aus der Schweiz mit EU- oder Drittstaatzugehörigkeit ausgearbeitet werden. In welchem Verfahren beziehungsweise auf welcher Ebene (Verwaltungsvereinbarung, völkerrechtlicher Vertrag) das geschehen muss, könne jedoch nicht abschliessend beantwortet werden. Für Doris Quaderer, Projektverantwortlich bei Zukunft.li, ist jedoch eines klar: Die Erfahrungen während der Pandemie könnten für Verhandlungen ein entscheidendes Zeitfenster geöffnet haben, das es zu ergreifen gilt. Das Problembewusstsein sei zwar noch nicht überall vorhanden, doch auch in den Nachbarstaaten – wie der Schweiz – rückt das Thema derzeit auf die Agenden von Arbeitgeberverbänden und Entscheidungsträgern. In Deutschland und Luxemburg wird aktuell sogar über ein Recht auf Homeoffice diskutiert, die Niederlande haben ein solches bereits verankert. Die Stiftung empfiehlt deshalb, nicht auf die EU zu warten, sondern die aktuelle Situation zu nutzen und mit den Nachbarstaaten in Verhandlung zu treten. Wichtig sei dabei, dass die unterschiedlichen Grenzgänger einander gleichgestellt werden und kein Pendler von der Möglichkeit des Homeoffice ausgeschlossen wird. (alb)

Pro und Kontra Homeoffice

Faktoren, die **für** eine Homeoffice-Lösung sprechen



Faktoren, die **gegen** eine Homeoffice-Lösung sprechen



Quelle: Zukunft.li; **Grafik:** «Volksblatt», lk

Zwischen attraktiven Arbeitsplätzen und schwachem Teamgeist

Abwägen Die liechtensteinischen Unternehmen verbinden das Homeoffice mit einer Vielzahl an Vorteilen – aber auch Nachteilen, die es zu überwinden gilt.

So erwarten fast zwei Drittel der an der Umfrage von Zukunft.li teilnehmenden Unternehmen, dass sich Homeoffice-Lösungen positiv auf das Image der Unternehmen auswirken werden. Deutlich mehr als die Hälfte der 125 Teilnehmenden hätten zudem angegeben, dass sich dadurch ihr Spielraum beziehungsweise der Radius bei der Rekrutierung von Mitarbeitenden vergrössern würde. Eine Fachkraft aus Zürich dürfte eher gewillt sein, den langen Arbeitsweg nach Liechtenstein in Kauf zu nehmen, wenn sie nicht jeden Tag pendeln, sondern beispielsweise nur an drei Tagen pro Woche vor Ort sein muss. Ein entscheidender Faktor, wie auch Doris Quaderer, Projektleiterin bei Zukunft.li, hervorhebt. Der Fachkräftemangel werde sich in den nächsten Jahren nur verschärfen, wie die Stiftung schon in der Publikation «Fokus Arbeitsmarkt» von 2018 aufzeigte. Bei weiterhin steigendem Bruttoinlandsprodukt von jährlich einem Prozent bis 2035, werde Liechtenstein bei gleichbleibender Produktivität rund 8300 zusätzliche Arbeitskräfte ausserhalb Liechtensteins rekrutieren müssen. Weiters könne ein vermehrtes Homeoffice auch für Grenzgänger helfen, die Verkehrsproblematik hierzulande einzudämmen. Dies erwarten zumindest zwei Drittel der Umfrageteilnehmenden. Fast die Hälfte glaubt ausserdem, dass sich dadurch die Zahl der Parkplätze verringern liesse. Immerhin 42 Prozent gehen laut Umfrage davon aus, dass auch die Bürofläche reduziert werden könnte. Eine Produktivitätssteigerung erwarten hingegen nur rund 27 Prozent der Umfrageteilnehmenden. 40 Prozent geben an, dass Homeoffice auf die Produktivität keinen Einfluss hat. Einen entscheidenden positiven Einfluss habe die Arbeit von zuhause auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – davon sind immerhin zwei Drittel überzeugt.

Doris Quaderer stellte die Publikation gestern vor. (Foto: Paul Trummer)

Fehlende Erfahrungen

Als grösste Minuspunkte für vermehrtes Homeoffice identifizieren die Unternehmen administrative und rechtliche Hindernisse. Den grössten Knackpunkt, den die Unternehmen nicht selbst lösen können, stellen dabei eben die rechtlichen Rahmenbedingungen für Grenzgänger dar. Für mehr als 60 Prozent sprechen diese gegen Homeoffice-Lösungen. Weiters rechnen 83 Prozent der Teilnehmer damit, dass durch die Koordination von Teammitgliedern vor Ort und im Homeoffice die Arbeitsorganisation und Führung anspruchsvoller werden. 77 Prozent befürchten, der Zusammenhalt innerhalb der Teams könnte darunter leiden. Weitere Schwierigkeiten sehen drei Viertel bei der Sicherstellung der Datensicherheit. Wobei einige Branchen hier in der Pandemie bereits Fortschritte machen konnten, wie Quaderer unterstreicht. Generell würden laut Zukunft.li wohl viele der internen Problematiken mit zunehmender Praxis und Routine in den Hintergrund rücken. (alb)

Die vollständige Publikation «Fokus Homeoffice – Wunsch und Wirklichkeit» finden Interessierte unter www.stiftungzukunft.li.